

# «Direkte Demokratie äussert sich in tieferen Ausgaben und Steuern»

Ökonom Reiner Eichenberger über Massnahmen für gesündere Staatsfinanzen



«Die Höhe der Kantonsdefizite entspricht den politischen Spielregeln»: Finanzwissenschaftler Eichenberger FOTO: MICHAEL WÜRTEMBERG

**ZÜRICH** Die Kantone zeigen sich im laufenden Jahr ausgabenfreudig, als hätte es nie eine Diskussion um Sparpakete und Schuldenberge gegeben. Das geht aus den Budgets 2004 hervor, die seit neustem vorliegen. Reiner Eichenberger, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Fribourg sagt, warum welche Kantone mit ihren Finanzen Probleme haben. Und warum andere nicht.

**Herr Eichenberger, in den letzten Monaten haben die Kantone viel vom Sparen gesprochen. Jetzt präsentieren sie Budgets, die hohe Defizite von insgesamt 1,6 Milliarden Franken vorsehen. Wundert Sie das?**

Überhaupt nicht. Seit ich mich erinnern kann, wird vom Sparen geredet. Aber eben geredet. Die Höhe der Kantonsdefizite entspricht den politischen Spielregeln.

**Was läuft schief?**

Die Politiker müssen ihren Wählern gefallen – vor allem den gut organisierten. Diese verlangen gezielt Ausgaben, die ihnen nützen.

**Es gibt doch auch Wähler, die von den Politikern einen Sparkurs verlangen?**

Viele Parteien versprechen ja auch tiefere Ausgaben und Steuern. Doch solche Versprechen sind wenig glaubwürdig und oft Lachnummern. Denn sobald diese Parteien wirklich Einfluss haben, haben sie kein Interesse mehr, die Steuern tatsächlich zu senken. Denn dann sind die Steuereinnahmen faktisch ihr Geld. Das geben sie lieber gezielt für ihre eigene Klientel aus, als es durch Steuerenkungen der Allgemeinheit zukommen zu lassen.

**Was muss geändert werden, um diesen Mechanismus zu brechen?**

Die direkte Demokratie müsste gestärkt werden, damit die Bürger mehr Einfluss auf die Politik bekommen. Zudem braucht es mehr Autonomie der Gemeinden gegenüber den Kantonen und mehr Autonomie der Kantone gegenüber dem Bund.

**Der Basler Wirtschaftsprofessor Silvio Borner oder die wirtschaftsnahe Denkfabrik Avenir Suisse sind aber der Meinung, dass wir in der Schweiz zu viel Demokratie haben.**

Da liegen sie falsch oder werden falsch verstanden. Die Kritik an der direkten Demokratie entstammt zumeist absoluten Betrachtungen, nicht realistischen Vergleichen. Natürlich gibt es auch mit einer perfekten direkten Demokratie gewichtige Probleme. Ent-

scheidend ist jedoch, ob die Probleme grösser oder kleiner sind, als sie es unter realistischen Alternativen wären. Und da zeigen alle wissenschaftlichen Arbeiten, dass in Kantonen und Gemeinden mit direktdemokratischen Rechten die öffentlichen Finanzen gesünder sind.

**Wie äussert sich das?**

In tieferen Ausgaben, Defiziten, Schulden und Steuern sowie einem

höheren Selbstfinanzierungsgrad. Dabei sind aber nicht nur die demokratischen Initiativ- und Referendumsrechte wichtig. Unsere Studien zeigen, dass möglichst umfassende Kompetenzen der kommunalen Rechnungsprüfungskommissionen ein Erfolgsgeheimnis für tiefe Steuern sind.

**Die Gemeinden haben doch die geringsten Probleme, was die Finanzen betrifft.**

Ja. Aber durch die vielen Ausgleichszahlungen wirkt sich das Finanzgebaren der Gemeinden auf die Kantone und von den Kantonen auf den Bund aus. Doch tatsächlich ist die Situation beim Bund besonders schlecht. Da braucht es nicht nur dringend das Finanzreferendum. Das Hauptproblem liegt beim Nationalrat. Obwohl er nationale Interessen verfolgen sollte, wird er auf Kantonsebene gewählt. Deshalb haben Nationalräte genügend Anreize, ihre knappe Zeit für die Vertretung regionaler Partikularinteressen statt für die Schweiz als Ganzes einzusetzen. Heraus kommen dann Projekte wie die Neat, wo nur wenige Volksvertreter auf die Gesamtkosten achteten, aber viele darauf, dass für ihren Kanton etwas herausprang. Die Lösung wäre, wenigstens einen Teil der Nationalräte auf nationaler Ebene zu wählen. Solche Nationalräte hätten stärkere Anreize, Ideen zu entwickeln und zu vertreten, die der ganzen Schweiz dienen.

**Einzelne Kantone sind – salopp gesagt – pleite. Zum Beispiel das einst reiche Bern. Was läuft da schief?**

Neben der Wirtschaftsstruktur und der Erblast aus dem Kantonalbankdebakel leidet dieser Kanton an seinen politischen Institutionen. Bern hat vergleichsweise schwache direktdemokratische Instrumente. Das zeigt sich zum Beispiel daran, wie viele Unterschriften es für Initiativen und Referenden braucht und ab welcher Ausgabenhöhe Referenden möglich sind. Zugleich haben die Berner Gemeinden im deutschschweizerischen Vergleich wenig zu sagen, und ihre Rechnungsprüfungskommissionen sind besonders schwach.

**Hätten die Kantone mehr demokratische Instrumente, würden sie finanziell besser dastehen?**

Genau. Wenn die Bevölkerung die Politik besser kontrollieren könnte, würde das zu tieferen Ausgaben und weniger Verschuldung führen.

INTERVIEW: RETO THÖNY